

Esther Schwarz

2. Militarismus in Deutschland

In der historischen Debatte wird der Begriff Militarismus unterschiedlich verstanden, wobei sich zwei Hauptrichtungen herauskristallisieren. Zum einen spricht man von politischem Militarismus, zum anderen von sozialem oder gesellschaftlichem Militarismus. In beiden Richtungen gibt es außerdem noch verschiedene Erscheinungsformen. Unter politischem Militarismus versteht man im Falle Deutschlands vor allem, daß das Militär eine tragende Rolle im politischen Gefüge des Reiches spielte, ein drittes Machtelement neben Regierung und Parlament bildete, sowie politische Entscheidungen beeinflusste. Unter sozialem Militarismus versteht man eine Gesellschaft, die einen militaristischen Lebensstil verinnerlicht hat bzw. deren Kernelement das Militär ist. Dazu gehört erstens die Entwicklung von Hilfsstrukturen, wie etwa paramilitärische Organisationen oder patriotische Vereine, zweitens die „Entwicklung eines ideologischen Systems, das den Krieg als unerlässlich und historisch notwendig ansieht und die Auffassung vertritt, daß ständige Bereitschaft zu gewaltsamen Konflikten Priorität vor anderen politischen Zielen zukommt“ (Willems 1984, S. 15), sowie drittens die Verbreitung militärischer Verhaltensweisen in allen Bereichen der Gesellschaft. Außerdem steht das Militär an der Spitze der sozialen Prestigeskala (vgl. Dülffer/Holl 1986, S. 122-124; Nipperdey 1992, S. 201; Wehler 1985, S. 333f; Willems 1984, S. 11ff).

Im folgenden wird vor allem der gesellschaftliche Militarismus behandelt.

2.1 Die Entwicklung des Militarismus in Preußen bis zur Reichsgründung

Seine Wurzeln hatte der Militarismus im Mittelalter mit der Eroberung ost-europäischer Gebiete und der Herrschaft des Deutschritterordens. Vor allem die sozialen Vorbedingungen der Militarisierung gehen auf die Ordensherrschaft zurück, wie in einigen Parallelen deutlich wird. So war bereits hier der

Staatsbegriff von der Unterordnung des Individuums unter die Staatsautorität geprägt, die feudalistische Sozialstruktur war ebenso schon angelegt wie die Ideale der strengen Disziplin und absoluten Loyalität (vgl. Willems 1984, 23 ff).

Ab Mitte des 17. Jahrhunderts begannen sich Staat und Gesellschaft in Richtung Militarismus zu entwickeln. Die Entwicklung stehender Heere und die Revolutionierung der Kriegskunst brachten einige Veränderungen mit sich. So war beispielsweise ein größeres und besseres Offizierskorps erforderlich, ebenso wie die umfangreichere Bereitstellung wirtschaftlicher Mittel. Die Anwendung von Wissenschaften auf die Kriegsführung und eine militärische Rangordnung entwickelten sich. Außerdem wurde das Prinzip der Massensubordination eingeführt, d.h. die vollkommene Anerkennung aller Befehle, ohne weiter darüber zu sprechen oder sich dagegen aufzulehnen. Vor allem aber änderte sich im Absolutismus die Rolle des Adels: Der Adel, der sich bisher der Vereinnahmung durch den Herrscher widersetzt hatte, wurde nun zum „Dienstadel“, der „seine Interessen mit denen des Staates zu identifizieren bereit war, und zwar im Austausch für ehrenvolle und einträgliche Positionen.“ (Willems 1984, S. 30). Eine Militärlaufbahn gewann zunehmend an Attraktivität und festigte zudem das Abhängigkeitsverhältnis zum König. Dienstgehorsam, Königstreue und Todesverachtung waren elementare Bestandteile des Ehrbewußtseins eines Offiziers. Um diese Zeit entstanden auch Kadettenanstalten, in denen diese Werte dem Offiziersnachwuchs vermittelt wurden. Indem der Adel zur Militärelite wurde, vertiefte sich die soziale Kluft zu den Schichten, deren Mitglieder die Mannschaftsgrade stellten. Im Absolutismus entwickelten sich auch Justizsystem und Bürokratie weiter und nahmen in ihren ideologischen und strukturellen Elementen militärische Denk- und Handlungsweisen an. Diese Entwicklung ist in erster Linie auf die Bemühungen zurückzuführen, unzusammenhängende Territorien zu einem einheitlichen Staatengebilde zu machen. Dabei wurde in der Armee „das Schlüsselement politischer Integration“ (Willems 1984, S. 34) gesehen. Der Trend zu einer militaristischen Gesellschaft wurde unter Friedrich Wilhelm I. (1713-1740) entscheidend weitergetrieben, indem dieser „militärische Verhaltensweisen als Modell für die Bürokratie einführte, aber auch ganz allgemein für alle Sektoren der Gesellschaft, die nichts mit militärischen Angelegenheiten zu tun hatten.“ (Willems 1984, S. 42; vgl. Willems 1984, S.28ff)

Der Soldat wurde geehrt, während der Zivilist geringschätzig behandelt wurde. Durch höhere Anforderungen an das Offizierskorps entstanden Pflichten und Berufsleistungen, die die ganze Persönlichkeit im Dienst des Königs forderten. Auch das Privatleben der Offiziere unterlag verschiedenen Arten der Kontrolle, beispielsweise brauchten sie eine Heiratserlaubnis. Insgesamt wurde unter Friedrich Wilhelm I. ein höchst homogener und ehrbewußter Offiziersstand geschaffen, der sich „durch gleiche soziale Herkunft, gleiche Wertvorstellungen und Verhaltensweisen und gleiche Rechte und Pflichten auszeichnete.“ (Willems 1984, S. 43)

Auch die überwiegend ländliche Gesellschaft Preußens wurde militarisiert. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch den Umstand, daß die Struktur des Heeres nicht bloß ein Spiegel der Sozialstruktur war, sondern daß auf die Kaserne das Schichtensystem der preußischen Agrargesellschaft übertragen wurde. Dabei entsprachen landgebundene Hörige den einfachen Soldaten, Bauern den Unteroffizieren und Junker den Offizieren. Die Unterordnung der Hörigen und Bauern unter den Gutsherren war die gleiche wie die Unterordnung der Soldaten unter die Offiziere. Zudem waren Gutsherr und Offizier oft ein und dieselbe Person, deren absolute Autorität nicht zu unterschätzen war. Aber auch in den Städten schritt der Militarismus voran. Bis 1721 waren alle Truppen vom Land in die Stadt verlegt worden, wo sie zunächst noch nicht in Kasernen, sondern in Privatquartieren untergebracht waren. Die ständige Anwesenheit und das zunehmende Wachstum des Militärs führte zu zahlreichen Verknüpfungen mit der Stadtbevölkerung im sozialen und wirtschaftlichen Bereich. Das Bürgertum in den Garnisonsstädten neigte dazu, sich den Wertvorstellungen des Militäradels anzupassen. Die wirtschaftliche Verknüpfung und die Übernahme der Wertvorstellungen setzten sich im weiteren Verlauf der Geschichte fort und nahmen größere Ausmaße an (vgl. Willems 1984, 46ff).

Die Bürokratie in einem Staat, der sich in einem militärischen Kontext begriff, wies ebenfalls militärische Verhaltensmuster auf. Aufgabe der Administration war, „die Armee zu erhalten und zu vermehren.“ (Willems 1984, S. 52) Die bürokratische Hierarchie fußte auf dem Modell der Armee und war in militärischer Weise organisiert. Von Beamten, die in der sozialen Rangordnung direkt unter dem Militär rangierten, wurde wie von Offizieren Königstreue, Gehorsam und strikte Disziplin erwartet. Zur Militarisierung des Beamtentums trug außerdem der Umstand bei, daß Offiziere zu nichtmilitärischen Funktionen in der Verwaltung und königlichen Kommissionen

herangezogen wurden. Zudem erhielten dienstunfähige Offiziere zivile Verwaltungsposten (z.B. Steuereinnehmer, Polizeibeamte, Inspektoren, Lehrer, Landräte etc.). Die Gerichtsbarkeit wies ebenfalls Verknüpfungen mit dem Militärwesen auf. 1723 wurden in Preußen zivile und militärische Verwaltung zusammengelegt und damit Bürokratie und Militär strukturell und ideologisch gleichgesetzt (vgl. Willems 1984, 52ff).

Im 18. Jahrhundert festigten sich die sozialen Verhältnisse innerhalb der Armee. Die soziale Kluft zwischen Offizieren und einfachen Soldaten war nach wie vor unüberbrückbar. Allerdings gab es neben dem Abstammungsadel, der traditionell das Offizierskorps stellte, auch Offiziere aus dem Dienstadel, d.h. Personen, die aufgrund ihrer Verdienste vom König geadelt wurden. Vor allem die mehr technologische Waffengattung der Artillerie war eine Domäne bürgerlicher Offiziere. In ihrem sozialen Umgang versuchten sich adelige Offiziere vom Bürgertum und Dienstadel abzugrenzen, während diese sich gleichzeitig bemühten, sich mit dem Lebensstil und der Denkweise des Junkertums zu identifizieren und vom Adel akzeptiert zu werden (vgl. Willems 1984, S.54f).

Anfang des 19. Jahrhunderts änderte sich durch die Niederlage der Militärmacht Preußen unter Napoleon der Charakter des Militarismus. Eine militantere Form kam auf, die den Krieg „als einzig vertretbare und würdige Reaktion auf die Fremdherrschaft ansah (...). Ein glorreicher Untergang war einer ehrlosen Knechtschaft vorzuziehen. Unabhängig von Sieg oder Niederlage wurde der Krieg als ehrenhaft, glorreich und unvermeidlich hingestellt.“ (Willems 1984, S. 58) Neu war auch die Kombination von Nationalismus, Rechtschaffenheit, religiösen Gefühlen und Kriegshetze, die von da an die ideologische Grundlage des Militarismus bildete. Diese Entwicklung zeichnete sich auch in den anderen deutschen Staaten ab (vgl. Willems 1984, S. 58).

Um diese Zeit formulierte Carl von Clausewitz, der preußische Offizier und Kriegstheoretiker, den Gedanken, daß Krieg die bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei. Die Sichtweise, Krieg als politisches Instrument zu betrachten, hatte die Konsequenz, daß es die Pflicht des Staates war, für einen unvermeidlichen Krieg mit allen Mitteln gerüstet zu sein (vgl. Willems 1984, S.59f).

Eine demokratische Reformbewegung im Zuge der Freiheitskriege (1813-1815) scheiterte an der Macht des Obrigkeitsstaates. Es gelang nicht, die Sozialstruktur radikal zu verändern – ein Umstand, der zur Erhaltung und

Weiterentwicklung des Militarismus‘ beitrug. Ein bedeutender Aspekt der Heeresreform war 1860 die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Der bislang verhaßte Wehrdienst wurde humanisiert und zu einer Ehrensache für jeden Staatsbürger gemacht. Eine weitere Neuerung war, daß nun auch keine soziale Klasse oder Gruppe, wie bisher die Juden, vom Wehrdienst befreit war. Allerdings blieben Klassenprivilegien auch weiterhin in der Armee erhalten. So gab es den „einjährigen Freiwilligendienst“ für Männer aus dem Bildungsbürgertum, der auch im zivilen Berufsleben Vorteile verschaffte. Bedeutsam war die allgemeine Wehrpflicht auch für die Militarisierung der Gesellschaft. Ziel war es, auch im nichtmilitärischen Bereich militärische Verhaltensmuster und ideologische Orientierung zu übernehmen, um dadurch dauernde Anpassung an den Obrigkeitsstaat zu erreichen. Mit den Worten des späteren Kaisers Wilhelm I.: „Es kommt (...) darauf an, den zum Heer Einberufenen soweit als nur möglich aus seinen bürgerlichen Lebensgewohnheiten zu entfernen, ihn gewissermaßen mit Leib und Seele zum Soldaten zu machen. Er soll nicht nur ‚gut gedrillt‘ und ‚anexerziert‘ werden (...), sondern den Geist des Berufssoldatentums für ein ganzes Leben in sich aufnehmen.“ (Zitiert nach Willems 1984, S. 62, vgl. Willems 1984, S. 60ff)

Bei der Reform des Heerwesens 1860 wurde die Armee als einer der Stände definiert, aus denen sich die Gesellschaft zusammensetzen würde, mit dem einzigen Unterschied, daß dieser Stand durch einen Treueeid verpflichtet war, politische Meinungsäußerung und Kritik aufzugeben. „Die Unterordnung war (...) bedingungslos, und keine zivile Verpflichtung durfte die Loyalität und den Gehorsam dem König gegenüber in Frage stellen.“ (Willems 1984, S. 70) Mit der Gründung des Kaiserreiches wurde die Loyalität dem Monarchen gegenüber noch verstärkt, vor allem zu Zeiten Wilhelms II., da der Kaiser oberster Kriegsherr war und sich mit einem Gefolge von Offizieren umgab, deren „ultrakonservative Haltung den Traditionskult und den sozialen Vorrang des Militärs symbolisierte.“ (Willems 1984, S. 71; vgl. Willems 1984, S. 70ff)

Auch der preußische Generalstab, der im Laufe des 19. Jahrhunderts immer mehr an Einfluß gewann, verstand sich in dem Bestreben, „die Kriegsbereitschaft der Nation ständig auf dem höchstmöglichen Niveau zu halten.“ (Willems 1984, S. 63) Begründet wurden diese Anstrengungen damit, daß Deutschland aufgrund seiner geographischen Lage einen Nachteil habe, den nur ein hoher Grad an Kriegsbereitschaft ausgleichen könne. Mit zunehmender Industrialisierung und Technisierung der Kriegführung gewann der

Generalstab zunehmend an Macht, da er als einzige Institution das notwendige Know-how der Kriegsführung monopolisiert hatte. Zudem bestand eine enge Verbindung zum Kaiser, dem der Generalstab alleine verantwortlich war. Der Generalstab übte einen stark integrierenden Einfluß auf das Militärwesen und indirekt auch auf die Militarisation der Gesellschaft aus, indem er eine systematische Grundlage zur Ausbildung von Offizieren schaffte, die Kriegsführung auf eine wissenschaftliche Grundlage stellte und neues Wissen und neue Techniken förderte, sowie Aktionen auf lange Sicht plante. Durch die Ausrichtung und Zielsetzung dieser Institution wurde die Bejahung des totalen Krieges und der ständigen Kriegsbereitschaft gefördert. „In Deutschland [wurde] der Krieg allgemein als ebenso unvermeidlich betrach-



tet (...) wie etwa Naturkatastrophen. Unter gewissen Bedingungen gab es angeblich keine Wahl zwischen Krieg und Frieden, sondern lediglich zwischen unterschiedlich wirksamen Mitteln und Wegen, den Krieg zu gewinnen.“ (Willems 1984, S. 68f; vgl. Willems 1984, S. 63-69)

2.2 Militarismus im Kaiserreich

Alle politischen und gesellschaftlichen Wandlungen, die die Gründung des Deutschen Reiches und die Industrialisierung mit sich brachten, änderten nichts an der einflußreichen Rolle des Militärs. Die Armee wurde weiterhin „als monarchische Gefolgschaft, nicht als allgemeine Einrichtung des Staates verstanden.“ (Willems 1984, S. 81) Sie war die bewaffnete Stütze und der Hauptpfeiler der Regierung. Das Militär stand seiner inneren Struktur nach außerhalb der Verfassung und war somit der parlamentarischen Mitbestimmung und Kontrolle weitgehend entzogen. Durch diese Sonderstellung lag die Kommandogewalt allein beim Kaiser, der oberste militärische Autorität war. Generäle, Generalstab und Kriegsminister standen in unmittelbarem Verhältnis zum Kaiser, der sich ihrer Bedürfnisse

waffnete Stütze und der Hauptpfeiler der Regierung. Das Militär stand seiner inneren Struktur nach außerhalb der Verfassung und war somit der parlamentarischen Mitbestimmung und Kontrolle weitgehend entzogen. Durch diese Sonderstellung lag die Kommandogewalt allein beim Kaiser, der oberste militärische Autorität war. Generäle, Generalstab und Kriegsminister standen in unmittelbarem Verhältnis zum Kaiser, der sich ihrer Bedürfnisse

mithilfe eines Militärkabinetts annahm, ohne den Reichstag mit einzubeziehen. Unter Wilhelm II. waren die Chefs des Militär- und Marinekabinetts die eigentlichen Machtträger. Dem „persönlichen Regiment“ des Kaisers entsprach auch die Auffassung, daß sich Zivilisten (d.h. das Parlament) nicht in militärische Angelegenheiten einzumischen hätten und daß die Politik nach militärischen Vorstellungen gestaltet werden solle. „Der Kaiser stand an der Spitze der militärischen Hierarchie, und seine Macht war de jure und de facto identisch mit der Macht des Heeres. Alle militärischen Entscheidungen des Kaisers waren eo ipso Entscheidungen der Armee. Die Monarchie und die Armee waren integrale Komponenten derselben politischen Struktur, eine Tatsache, die die übliche Unterscheidung zwischen Zivilregierung und militärischer Institution fast bedeutungslos macht“. (Willems 1984, S. 82, Hervh. im Original) Neben dem Kaiser gab es kein oberstes Beratungs- und Entscheidungsgremium, das eine Kontrollfunktion hätte ausüben können. Daher gab es des öfteren eine Sonderpolitik von Militärinstanzen an den eigentlich zuständigen Instanzen vorbei. Dem Reichstag oblag eine Mitwirkung in Militärangelegenheiten, wenn es um Ausgaben, Präsenzstärke, Gestaltung und Dauer der Wehrpflicht oder um Militärstrafrecht ging. Das Parlament setzte den steigenden Militärausgaben keinen Widerstand entgegen und trug sie freiwillig mit. In der öffentlichen Meinung fanden die Ausgaben für das Militär ebenfalls wachsende Zustimmung. Die feudale und konservative Weltanschauung des Junkertums war unverändert weit verbreitet im Adel und bei den Bürgern. Obwohl adelige Offiziere sich selber als unpolitisch verstanden und eine eher überhebliche Haltung der Parteipolitik gegenüber einnahmen, übten sie dennoch durch ihre enge Allianz mit dem Kaiser politische Macht aus. Der Adel spielte in dieser Struktur eine wichtige Doppelrolle, da er fast alle führenden Positionen in der Armee besetzte und die Monarchie unterstützte (vgl. Nipperdey 1992, S. 202ff; Willems 1984, S. 81ff).

Im Kaiserreich gab es zwei verschiedene Strömungen des Militarismus, den konservativen und den bürgerlichen, deren Anhänger auch die Parlamentspolitik mitbestimmten. Der konservative Militarismus hatte eine längere Tradition und wurde vor allem von den traditionellen, vorindustriellen Eliten, z.B. den ostelbischen Großgrundbesitzern, vertreten, deren Ziel es war, den sozialen und politischen Status quo zu erhalten. Dabei wurde die Armee als letztes und entscheidendes Bollwerk zur Verteidigung des alten Privilegiensystems gesehen, da sie adeligen Offizieren die besondere soziale Stellung garantierte und ein innenpolitisches Machtinstrument war. Der konservative

Militarismus richtete seine Bestrebungen vor allem darauf, die innenpolitische Zuverlässigkeit der Armee durch den Erhalt der sozialen Homogenität des Offizierskorps zu garantieren. Daher wehrten sich die Anhänger dieser Strömung auch vehement gegen eine Vergrößerung der Armee. Die Vertreter dieser Richtung verherrlichten zwar den Krieg von 1870/71, waren jedoch keine offenen Kriegstreiber, sondern schreckten eher vor einem „Volkskrieg“ zurück, da sie unübersehbare Folgen für den Fortbestand der gesellschaftlichen Ordnung befürchteten (vgl. Dülffer/Holl 1986, S. 128ff).

Mit der Industrialisierung wandelte sich nicht nur das Heereswesen, sondern es bildete sich auch gesellschaftlich eine neue Elite aus der Unternehmerschicht heraus, die neben der traditionellen Elite politische Machtstellungen besetzte. Neben den nationalen Verbänden (z.B. Alldeutscher Verband, Deutscher Wehrverein) und der Nationalliberalen Partei waren vor allem Vertreter der neuen Elite Anhänger des bürgerlichen Militarismus. Während die traditionelle Elite nur widerstrebend von ihren vorindustriellen Wertvorstellungen und Verhaltensweisen Abstand nahm, propagierte die neue Elite aufgrund ihrer wirtschaftlichen Interessen einen imperialistischen Expansionismus. Sie forderte eine „kraftvolle äußere Politik“ und den Ausbau des Reiches zur Weltmacht. Zu diesem Zweck unterstützten sie einen massiven Ausbau der Armee und eine aggressive Aufrüstung. Die Streitkräfte sollten zum Instrument des Imperialismus umfunktioniert werden. Der bürgerliche Militarismus war auch für eine Beseitigung aller Privilegien, die die militärische Effizienz behinderten. „Imperialismus, Militarismus und Kriegsbereitschaft wurden nunmehr offener denn je als Instrumente für einen Umbau von Staat und Gesellschaft zu einem effizienten bürgerlichen Machtstaat erklärt.“ (Dülffer/Holl 1986, S. 135) Krieg war kein notwendiges Übel, sondern ein willkommenes Mittel, um das deutsche Volk reif für Veränderungen zu machen (vgl. Dülffer/Holl 1986; S. 132; Nipperdey 1992, S. 218). Daher zeigte sich eine deutliche Bereitschaft, militärische Konflikte zu riskieren. Bei allen Unterschieden hatten beide Richtungen eine antidemokratische, monarchistische und militaristische Haltung gemeinsam. Die neue Elite versuchte, den Lebensstil der alten nachzuahmen und übertrug militärische Verhaltensweisen auf Arbeiterschaft, Schule, Familie, Gemeinde und soziales Umfeld.

Die Tatsache, daß Preußen die Einigungskriege 1864 - 1871 siegreich beendet hatte, trug dazu bei, daß alles Militärische in der Gesellschaft hochgeschätzt wurde. Das Offizierskorps erfuhr einen enormen Zuwachs an Pre-

stige. Selbst viele liberale Antimilitaristen änderten im Laufe der Zeit ihre Haltung zu fast uneingeschränkter Unterstützung. Die Kritik am Militär nahm rapide ab, und militärische Wertvorstellungen und Leitbilder breiteten sich aus. „Der forsche Kasinoton und das schneidige Auftreten, Disziplin und Strammstehen wurden auch im Zivilleben selbstverständlich.“ (Ullrich 1999, S. 398) Die Uniform als Statussymbol verlieh dem Träger Autorität. Beispielsweise trugen alle Reichskanzler im Reichstag Uniform, und man wich vor Offizieren auf dem Bürgersteig aus. Die gesellschaftliche Stellung des Militärs wurde auch durch die Tatsache verdeutlicht, daß der Reichskanzler Bethmann Hollweg als Major an der königlichen Tafel unterhalb der Obersten und Generäle plazierte wurde. Die Mehrheit der Bevölkerung reagierte auf das hohe Ansehen der Offiziere mit Servilität und nahm Anmaßungen von Seiten des Militärs stillschweigend hin (vgl. Ullrich 1999, S. 397f; Nipperdey 1992, S. 233ff; Wehler 1985, S. 333f).

Das Offizierskorps selbst sah sich als eigener Stand, und zwar als erster Stand im Staat. Es verstand sich als Elite und war bestrebt, seine soziale Exklusivität zu erhalten. „Der Stolz jedes Deutschen ist die Armee, die Blüthe des Volkes. Deutschlands Heer – Deutschlands Ehr! Der ausgezeichnete Theil aber, die Elite des Heeres, ist das Offizierskorps.“ (Militär-Wochenblatt Juli/August 1889, zitiert nach Ritter 1992, S. 92) Von anderen Ständen hielt das Offizierskorps sich nach Möglichkeit fern. „In der ranggeschichteten deutschen Gesellschaft beanspruchten sie immer, bei jedem öffentlichen oder halböffentlichen Ereignis und Vorgang, bis ins Private hinein einen Vorrang.“ (Nipperdey 1992, S. 224) Das Offizierskorps hatte ein unmittelbares Verhältnis zum Kaiser, dem es durch den Treueeid fest verbunden und verpflichtet war. Die Offiziere nahmen für sich in Anspruch, Fels und Garant für die Existenz der Nation und der Monarchie zu sein. Sie hatten ein eigenes Weltbild und Wertgefüge, zu dem ein neofeudalistischer Ehrenkodex gehörte. Außerdem zeichnete sie ein enges Zusammengehörigkeitsgefühl und ein eingeschworener Korpsgeist aus. „Die dem Urgedanken des Offizierstandes entstammenden Gesinnungen sind: dynastischer Sinn, unbedingte Treue gegen der Person des Monarchen, erhöhter Patriotismus, Erhaltung des Bestehenden, Vertheidigung der seinem Schutze anvertrauten Rechte seines Königs und Bekämpfung vaterlandsloser, königsfeindlicher Gesinnung etc. Die erste Pflicht, (...), zugleich die Grundbedingung seiner Existenz, ist die Treue.“ (Militär-Wochenblatt Juli/August 1889, zitiert nach Ritter 1992, S. 93)

Obwohl sich das Offizierskorps sehr darum bemühte, seine Exklusivität und Homogenität zu erhalten, konnte es doch eine „Verbürgerlichung“ nicht verhindern. Der wachsende Anteil von bürgerlichen Offizieren hatte vor allem zwei Gründe: zum einen die steigende Zahl von Offiziersstellen, zum anderen die wachsenden Bildungsanforderungen an das Militär. Allerdings war die „Verbürgerlichung“ relativ, da der Adel in den verschiedenen Rangordnungen immer noch die Spitzenpositionen besetzt hielt. So war der Adel in renommierten Waffengattungen, wie z.B. der Kavallerie, oder in angesehenen Garderegimentern und Garnisonen überproportional hoch vertreten. Bei der Auswahl von bürgerlichen Offizieren wurden die Söhne von Beamten, Akademikern, Gutsbesitzern und Offizieren vorgezogen, während Söhne von Kaufleuten, Unternehmern und Kleinbürgern unerwünscht waren. Auch die Konfession spielte eine Rolle: Evangelische stammten am ehesten aus dem „richtigen“ preußisch-nationalen Milieu, während man Katholiken für unloyal hielt. Auch gab es Bemühungen, Juden aus dem Offizierskorps fernzuhalten. Von 1878 bis 1910 gab es keine jüdischen Berufsoffiziere im preußischen Heer, 1911 nur 21 jüdische Reserveoffiziere. Die oben genannten Auswahlkriterien für Offiziere sollten eine monarchistische, nationalistische und konservative Gesinnung sowie eine absolute politische Loyalität innerhalb des Offizierskorps sichern helfen (vgl. Nipperdey 1992, S. 219ff; Wehler 1985, S. 335ff).

Ein wichtiges Bindeglied zwischen Gesellschaft und Militär bildeten die Reserveoffiziere. Söhne aus besitz- und bildungsbürgerlichen Schichten hatten das Privileg, statt der üblichen drei Jahre Militärdienst (ab 1893 zwei Jahre) nur ein Jahr dienen zu müssen. Außerdem hatten sie die Möglichkeit, das Reserveoffizierspatent zu erwerben, was ihnen eine Teilhabe am hohen Sozialprestige verschaffte. „Der preußische Leutnant ging als Gott, der bürgerliche Reserveleutnant wenigstens als Halbgott durch die Welt.“ (Ullrich 1999, S. 400) Die Institution des Reserveoffiziers trug dazu bei, noch vorhandene Vorbehalte gegen das Militär innerhalb des Bürgertums abzubauen, sowie militärische Wertvorstellungen im Zivilleben zu verbreiten und die Sonderstellung des Militärs zu festigen (vgl. Ullrich 1999, S. 400; Nipperdey 1992, S. 230ff).

Der Militärdienst der einfachen Soldaten bestand vor allem aus sturem Drill, strenger Disziplin und viel Schikane. Das wichtigste Ziel war, neben der Ausbildung an den Waffen, die Erziehung zu absolutem Gehorsam und die Vernichtung jeglicher Individualität und Spontaneität. Das Heer wurde oft

als „Schule der Nation“ bezeichnet, denn Disziplinierung, Erziehung zu Königstreue und Indoktrination wirkten über die Kaserne hinaus. Ein zeitgenössischer Autor drückte es folgendermaßen aus: „Die meisten der Rekruten sind, wenn sie am Ende ihrer Dienstzeit das Heer verlassen, in jeder Hinsicht kräftigere Männer als zur Zeit ihres Eintritts. Die beständige Ausdehnung des deutschen Handels und der deutschen Bevölkerung innerhalb der letzten 20 Jahre gibt den besten Beweis dafür, daß militärische Manneszucht, weit entfernt, individuellen und nationalen Fortschritt zu hindern, im Gegenteil demselben dienlich ist. Methode und Ordnung,



Mäßigkeit und Ausdauer, Vereinigung und Unternehmungsgeist, das sind die Tugenden, die in Werkstätte, im Studierzimmer, in Contoir oder im Feldlager den Erfolg im Leben fördern.“ (Jähns, Max, Heeresverfassungen und Völkerleben. Berlin 1885; zitiert nach Willems 1984, S. 86) Auch wenn Soldatenmißhandlungen häufig waren, behielten die meisten ihren Militärdienst in angenehmer Erinnerung (vgl. Wehler 1985, S. 336f; Ullrich 1999; S. 400; Nipperdey 1992, 226ff).

Selbst die deutschen Sozialdemokraten, die im Kaiserreich als Staatsfeinde verschrien waren, setzten dem Militarismus keinen nennenswerten Widerstand entgegen. Obwohl die SPD in ihrer öffentlichen Rhetorik ständig vor dem Militarismus warnte, waren viele ihrer Anhänger insgeheim von ihm fasziniert. Für die einfachen SPD-Mitglieder bedeutete der Militärdienst nicht nur Zwang und Schikane, da er oft der einzige Lebensabschnitt war, in dem sie der Monotonie der Fabrikarbeit entkommen und neue Erfahrungen machen konnten. Häufig waren gerade Sozialdemokraten tüchtige Soldaten, die eine erfolgreich bestandene Militärzeit als Bewährungsprobe ihrer Männlichkeit auffaßten und sich gerne daran erinnerten. Außerdem beeinflusste neben der Zeit in der Armee auch die Erziehung in der Volksschule die Haltung der Arbeiterbewegung zum Militär (vgl. Ullrich 1999, S. 403f).

Eine zentrale Rolle für die Verbreitung und den Erhalt des Militarismus in der Gesellschaft spielte die Erziehung, die in verschiedenen Bereichen vermittelt wurde. Dazu gehörten Schulen und Hochschulen, der Militärdienst, Kriegervereine und paramilitärische Jugendverbände. Eine wichtige Grundlage bildete der „Glaube an den Wert der Armee, an ‚soldatische Tugenden‘ und an militärische Verhaltensmuster in sämtlichen Lebensbereichen“. (Willems 1984, S. 86) Die Kinder wuchsen in der Bewunderung alles Militärischen auf, was sich auch in ihrem Spielzeug und ihren Spielen ausdrückte. Schule und Familie bemühten sich, der Jugend militärische Tugenden wie Disziplin und unbedingten Respekt vor Autorität beizubringen. Die Aufgabe aller Erwachsenen war es, in erster Linie für die Aufrechterhaltung von Zucht und Ordnung unter den Jugendlichen zu sorgen. Dieses gemeinsame Ziel der Erwachsenen trug laut Willems „mehr zur Entwicklung der disziplinarischen Grundlagen des Militarismus bei als die jährliche Runde patriotischer Veranstaltungen (....) oder der Geschichtsunterricht und der militärische Drill in den Turnstunden“. (Willems 1984, S. 86) Auch der Lehrplan aller Schulformen betonte patriotische und militärische Tugenden und verfolgte die Devise „Lerne vom Militär“ (d.h. in Bezug auf Körperhaltung, Disziplin, Ordnung und Gehorsam). Lehrer wurden vielfach als „halb Feldwebel, halb Stubengelehrte“ empfunden (Ullrich 1999, S. 399). Der Konsens in Erziehungsfragen bildete ebenfalls im Berufsleben die Grundlage für die bestehende Hierarchie im Betrieb, und es lag im Interesse der Industriellen, durch die Erziehung eine folgsame Arbeitnehmerschaft zu erhalten (vgl. Ullrich 1999, S. 398f; Willems 1984, 85ff; Wehler 1985, 338f).

Unter den deutschen Professoren gab es keine einheitliche Haltung zum Militarismus, doch fand er auch hier eine breite Unterstützung. Gerade die Hochschullehrer hatten einen starken Einfluß auf die öffentliche Meinung und auf die Vermittlung von Werten. Militärische Fragestellungen fanden sich auch in fachwissenschaftlichen Arbeiten vieler wissenschaftlicher Disziplinen. Insbesondere bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde der Militarismus von Professoren ideologisch unterstützt, indem sie sich an der Propaganda beteiligten, den Krieg rechtfertigten und ihm einen Sinn zu geben suchten. So wurde beispielsweise die Gefährdung des Militärs als Gefährdung der deutschen Gesellschaft dargestellt, vom Krieg wurde gesagt, daß er einen reinigenden, belebenden und einigenden Einfluß auf die Gesellschaft habe und ein regulierender Faktor der Geschichte sei. Studentenverbindungen waren begeisterte Anhänger der militärischen Elite und imitierten deren Verhaltensweisen (vgl. Willems 1984, S. 85ff; Dülffer/Holl 1986, S. 74ff).

Kriegervereine, die sich in fast jeder deutschen Stadt und auch auf dem Land fanden, spielten eine bedeutende Rolle im gesellschaftlichen Leben des Kaiserreiches. Ludwig Quidde bezeichnete sie 1893 als „wirksamstes Mittel, die kleinbürgerliche Gesellschaft mit dem Geiste des Militarismus zu durchdringen“ (zitiert nach Ullrich 1999, S. 401; vgl. Dülffer/Holl 1986, S. 100). Da die Kriegervereine weit verbreitet waren und eine enorm hohe Mitgliederzahl¹ aufwiesen, hatten sie einen großen Anteil an der Nationalisierung und Militarisierung breiter Bevölkerungsschichten. Die Vereine kultivierten die Erinnerung an den Krieg von 1870/71 und widmeten sich der Pflege des Nationalbewußtseins und der national-militärischen Gedanken- und Gefühlswelt. Der Treueeid des Soldaten gegenüber seinem Befehlshaber spielte eine wichtige Rolle, auch über den Militärdienst hinaus („die Armee des Kaisers im Bürgerrock“; Dülffer/Holl 1986, S. 105). Militärische Ordnungs- und Wertvorstellungen wurden grundsätzlich anerkannt und auf das bürgerliche Leben übertragen, die Unterstellung unter die hierarchische Ordnung und Disziplin geschah freiwillig. Das Auftreten der Kriegervereine in der Öffentlichkeit hatte einen stark zeremoniellen Schaucharakter und war gekennzeichnet durch militärische Paraden, Salutieren, Kommandos, Musik und Böllerschüsse. Vor allem die Fahnen hatten eine große symbolische Bedeutung. „Die Fahne erfüllt gewiß gar manche mit dem heiligen Schauer militärischen Subordinationsgefühls, und wenn der Verein sich dann hinter ihr im Zuge ordnet, in Reih und Glied aufmarschiert, in ganz anders straffer Haltung als das schlampige Zivil, (...), da mag man sich wohl vorkommen als etwas, was berufen ist, in der bürgerlichen Gesellschaft eine ganz besondere Rolle zu spielen.“ (Ludwig Quidde 1893, zitiert nach Ullrich 1999, S. 402) Oft traten Veteranen und aktive Militärs auch gemeinsam auf. Die Kriegervereine traten mehrmals im Jahr bei Feiern in das Bewußtsein der Öffentlichkeit und gehörten quasi mit zum Alltag. „Durch die Häufung der Feste und das dadurch bewirkte ständige Wiederholen militärischen Rituals, Zeremoniells und (...) Vokabulars entstand in den meisten Orten und Städten ein beinahe alltägliches, vom militärischen Geiste durchdrungenes militärisches Festmillieu, eine Art Festalltag mit Kasernenhofstimmung.“ (Dülffer/Holl 1986, S. 108) Dies verfehlte natürlich nicht seine Wirkung auf die Bevölkerung des Festortes, aber auch auf die Veteranen selber. Wilhelm I. bezeichnete schon 1875 die Kriegervereine als ein „nicht hoch genug einzuschätzendes Mittel (...), um die loyale Gesinnung, deren Pflege zu den traditionellen

1 In den Kriegervereinen waren mehr Personen organisiert als in den übrigen Verbänden zusammen; 1913 betrug die Mitgliederzahl 2,8 Millionen.

Aufgaben unserer Armee gehört, auch über die Dienstjahre hinaus, in den unteren Mittelklassen rege zu erhalten“ (Dülffer/Holl 1986, S. 109) Außerdem waren die Kriegervereine als Bollwerk gegen die SPD gedacht. Die Armee unterstützte die Vereinsaktivitäten durch die Bereitstellung von Waffen, Werbekampagnen unter den Rekruten und durch beratende Hilfe bei den Schulungen von Jugendlichen in den Jugendvereinen der Organisation (vgl. Dülffer/Holl 1986, S. 99ff; Ullrich 1999, S. 401f; Nipperdey 1992, S. 232f).

Die protestantische Kirche war von Beginn an eng mit dem Staat verbunden und unterstützte dessen Bemühungen, indem sie den Staat rechtfertigte und Untertanengehorsam predigte. Außerdem gab sie dem Nationalismus nach und nach eine religiöse Dimension. Allmählich entwickelte sich innerhalb der Kirche eine zunehmende Bereitschaft und Begeisterung für den Krieg, durch den Deutschland die anderen Völker erziehen würde. Bei Beginn des Ersten Weltkrieges waren viele Protestanten überzeugt, für eine gerechte Sache zu kämpfen und Gott als Alliierten auf der Seite Deutschlands zu haben. Die katholische Kirche war dem Staat gegenüber distanzierter, nahm jedoch nach Ende des Kulturkampfes auf der Suche nach Anerkennung eine deutlich nationalistische Haltung ein, wenn auch nicht so stark wie die protestantische Kirche. Kriegsbegeisterung war nur latent vorhanden, allerdings waren auch die Katholiken „bereit, wenn der Kaiser uns ruft, Gut und Blut zu opfern für das Vaterland“ (Dülffer/Holl 1986, S. 63; vgl. Dülffer/Holl 1968, S.33ff)

Auf die Beziehung der Wirtschaft zum Militarismus soll an dieser Stelle nur kurz eingegangen werden. Schon vor der industriellen Revolution bestand eine gegenseitige Abhängigkeit zwischen Wirtschaft und Heereswesen, das sich verstärkte, je komplexer sich Technologie und Militärwesen entwickelten. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war die Abhängigkeit so stark geworden, daß die Rüstungspolitik einen Absatz der Investitionen in die Rüstungsindustrie gewährleisten mußte. Großindustrielle und Militärs befürworteten gleichermaßen eine imperialistische Politik. Vor allem die Kriegsflotte symbolisierte das Streben Deutschlands als Weltmacht (vgl. Willems 1984, S. 95ff).